

Parteien zur Wahl

Welche Ziele für Bildung und Forschung, Energie- und Klimapolitik haben die im Bundestag vertretenen Parteien?

„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Bundestagswahl die Regierung oder ist an ihr beteiligt ...“ waren elf Fragen eingeleitet, die die Redaktionen von *Physik Journal* und *Nachrichten aus der Chemie*, der Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft Deutscher Chemiker, den Bundestagsfraktionen von Bündnis90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP, Die Linke und SPD gestellt haben. Der vollständige Wortlaut der hier gekürzt wiedergegebenen Antworten ist über das Online-Inhaltsverzeichnis dieses Hefts auf www.physik-journal.de zugänglich.

1. Innovationen werden eine besondere Rolle bei der Bewältigung der jetzigen Krise spielen. Welche Prioritäten setzen Sie in diesem Zusammenhang in der Forschungsförderung?



Bekämpfung des Klimawandels, wirksamer Umweltschutz, der Umgang mit der heterogener werdenden Gesellschaft und der demografische Wandel, Energie- und Ressourceneffizienz.

- Abbau struktureller Defizite, besondere Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und von Frauen, gerade in der Wissenschaft.
- Verankerung von „bottom-up-Ansätzen“, die durch europäische Kooperationen einen Mehrwert in der Forschung erzielen, im 8. Europäischen Forschungsrahmenprogramm.



Fortführung der Hightech-Initiative mit gezielter Ausrichtung auf Zukunftsmärkte in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, Energie und Klima, Mobilität, Sicherheit sowie Information und Kommunikation.

- Intensivierung des Technologie-



Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Weide

Wie wird der Bundestag bzw. die Bundesregierung die Weichen in der Bildungs- und Forschungspolitik in der nächsten Legislaturperiode stellen?

transfers durch gesteigerte Forschungsförderung für den Mittelstand und Netzwerkbildung zwischen Wirtschaft, Forschungseinrichtungen und Hochschulen.

- Steuerliche Förderung der Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien.
- Bündelung von Forschungspotenzialen unter einem Dach, wo sinnvoll.



Ausbau des Wissens- und Technologietransfers, der Forschungsprämie und Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung.

- Entwicklung geeigneter Instrumente für eine effektive Validierungsforschung, die herausragende Forschungsergebnisse schnell identifizieren und auf ihre Verwendbarkeit für nachfolgende Entwicklungen überprüfen.

DIE LINKE. Massive Investition in erneuerbare Energien und Effizienztechniken, um Wachstum und Umweltverbrauch zu koppeln.

- Schwerpunkt auf regionale Wirtschaftskreisläufe, öffentliche

Infrastruktur und gemeinnützige Perspektive statt weder zukunfts-fähige noch innovationsfördernde Forschungsförderung von Exportindustrien und Großunternehmen.

- Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen auch in der Krise unbürokratisch über die KfW, die Ausweitung des High-Tech-Gründungsfonds, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und Strategieberatung.
- Stärkere Vorfinanzierung der Markteinführung neuer Produkte.
- Open-Source-Ansatz und rechtliche Einschränkung der Patentierungstiefe.



Ausbau der Stärke Deutschlands bei hochwertigen Technologien.

- Fortführung von Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung bis 2018.
- Gleichermaßen Förderung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung.
- Mehr Vernetzung zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um Synergien besser zu nutzen und innovative Ideen in Produkte umzusetzen und in Deutschland zu produzieren.

2. Welche neuen Förderprogramme planen Sie dazu?



Mehr öffentliche Forschungsförderung in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen, Energiespeicher, Mobilitäts- und Materialforschung.



Sechs Zukunftsprojekte in der nächsten Legislaturperiode, davon vier mit hohem Technologie- und Forschungsbezug: Umwelttechnologien, Modellregion für Elektroautos, neue Werkstoffe und Gesundheitsforschung.



Gesundheit, Energie, Mobilität und Infrastruktur sollen Kernthemen einer künftigen Innovationspolitik werden.

DIE LINKE. Keine Mittel für Risikotechnologien wie die Atomkraft und die unterirdische Verklappung von Kohlendioxid, sondern für Energieeffizienz, -speicherung und erneuerbare Energien.

- Beendigung industriegeführter Forschung mit öffentlichen Mitteln, von der meist nur die Unternehmen profitieren.
- Öffentliche und gemeinnützige Institutionen als Auftraggeber für die Forschung, mit Priorität auf der Erneuerung des Verkehrssystems, der dezentralen Energieversorgung, der öffentlichen Verwaltung sowie kostengünstigen Verfahren und Dienstleistungen in Medizin und Pflege.



Neue Energieförderungsprogramme mit den Schwerpunkten Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Speichertechnologien.

- Um die Bildung von Spitzenclustern und Forschungsnetzwerken zu erleichtern, wollen wir die Integration von Hochschulen und Forschungseinrichtungen vereinfachen und Wissenschaftsstrukturen flexibilisieren.

3. Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von drei Prozent des BIP?



Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Krise könnte das Drei-Prozent-Ziel 2009 nominal erreicht werden, vorausgesetzt, die privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung brechen nicht deutlich ein. Dauerhaft das Lissabon-Ziel zu erreichen erfordert verstärkte Anstrengungen und strukturelle Fortschritte. Es fehlt aber an den notwendigen Grundlagen vor allem im Hochschulbereich.



Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Forschungsförderung bereits deutlich gesteigert, sie liegt 2009 um rund ein Viertel höher als 2005. Nun kommt es darauf an, dass gerade die Wirtschaft ihre Forschungs- und Innovationsaktivitäten ausbaut. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir das Drei-Prozent-Ziel bis 2015 erreichen.



Mit der Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung für alle in Deutschland forschenden Unternehmen will die FDP noch im Jahr 2010 den entscheidenden Schritt hin zur Erreichung des Drei-Prozent-Ziels wagen.

DIE LINKE. Das Drei-Prozent-Ziel der Lissabon-Strategie reduziert Forschungs- auf Wettbewerbspolitik und Innovationen auf das Ergebnis von Angebotspolitik. Unternehmerische FuE-Ausgaben lassen sich aber vor allem steigern, wenn die Nachfrage nach Innovationen in der Gesellschaft gestärkt wird. Angesprochen sind die private Kaufkraft durch eine sozial gerechte Lohn- und Steuerpolitik, öffentliche Nachfrageprogramme und eine Vergabep Praxis, die sich an sozialen und ökologischen Innovationen beim Ausbau der baulichen, IT-, Verkehrs- oder Gesundheitsinfrastruktur orientiert.



Aufgrund der durch die Wirtschaftskrise verursachten Rezession könnte die Ziel-Marke bereits 2009 in greifbare Nähe rücken, da wir trotz sinkender Steuereinnahmen und des sinkenden Bruttoinlandsprodukts die staatlichen Zuwendungen an die Forschungsorganisationen um 3 % gesteigert haben. Entscheidend wird sein, ob die privaten Investitionen der Unternehmen in Forschung und Entwicklung stabil bleiben bzw. trotz der Krise steigen. Nur wenn die öffentlichen und privaten Anstrengungen kontinuierlich steigen, lässt sich das Drei-Prozent-Ziel dauerhaft erfüllen.

4. Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?



Systematische Stärkung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen durch Einführung einer Steuergutschrift in Höhe von 15 % der FuE-Ausgaben. Davon profitieren insbesondere junge innovative Unternehmen, die noch Verluste machen.



Ein wichtiges Element ist die steuerliche Förderung klar abgrenzbarer Ausgaben für FuE. Diese hilft besonders kleinen und mittelgroßen Unternehmen und muss in Kombination mit der themenspezifischen Projektförderung erfolgen. Die steuerlichen Anreize können z. B. in Form einer Steuergutschrift erfolgen.



Wir wollen eine einfache und unbürokratische steuerliche FuE-Förderung als Instrument einer indirekten Förderung neben der direkten (Projekt-)Förderung einführen. Dabei sollen bei der Definition der Bemessungsgrundlage sämtliche FuE-Aufwendungen (Personal- und Sachaufwendungen sowie Aufwendungen für FuE-Auftragsforschung), die das steuerpflichtige Unternehmen auf eigenes Risiko tätigt, berücksichtigt werden. Zur Vermeidung von Doppelförderungen sollen bestehende FuE-Zu-



H.-J. Lücking/Wikipedia

entlasten, Elektromobilität fördern und das Dienstwagenprivileg für große Firmenlimousinen abschaffen. Mit einem Energiesparfonds und verbesserten Programmen zur Gebäudesanierung unterstützen wir Haushalte und Betriebe beim Energiesparen und machen uns so unabhängiger von Erdöl und Kohle. Durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, strenge Effizienzvorgaben, eine bessere Energiekennzeichnung und eine ökologische öffentliche Beschaffung wollen wir wirtschaftliche Innovation und nachhaltige Produkte fördern.



Wir setzen uns für ein verbindliches Klimaschutzabkommen ein.

Neben den europäischen Klimaschutzziele haben wir uns für Deutschland ehrgeizige Ziele gesetzt: Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 % sinken. Den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wollen wir auf 30 % steigern. Die Energieeffizienz soll sich im Vergleich zu 1990 verdoppeln. Die Förderung erneuerbarer Energien, ein breiter Energiemix sowie Anreize für mehr Energieeffizienz und Energiesparen sind unser Weg zum Klimaschutz.



Wir begrüßen die Beschlüsse des Europäischen Rates, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase um 20 % gegenüber 1990 zu reduzieren, als ersten wichtigen Schritt. Erforderlich ist eine Senkung um 30 Prozent in der EU. Hierzu soll auch Deutschland im Rahmen einer gerechten Lastenverteilung seinen Anteil erbringen. Für die FDP gilt, dass die Effizienz jeder Maßnahme zur CO₂-Reduktion über ihre Einführung entscheiden soll, nicht ihr Symbolwert: Wir wollen Treibhausgase so kostengünstig wie möglich vermeiden. Vorrangiges Ziel ist ein globaler Kohlenstoffmarkt.

DIE LINKE. Der Klimagas-Ausstoß in Deutschland muss bis 2020 gegenüber 1990 halbiert werden. Dafür braucht es den kon-

sequenten Ausbau erneuerbarer Energien und einer Energieeffizienz-Offensive: strengere Standards für den Energieverbrauch, „Top-Runner“-Programme für Elektrogeräte und ein Energiesparfonds mit Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte. Damit Stromnetze für einen schnell wachsenden Anteil erneuerbarer Energien umgebaut werden können, gehören sie in die öffentliche Hand. Umweltgerechte Mobilität für alle bedarf u. a. eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs.



Wir werden den internationalen Vorgaben des IPCC entsprechend die CO₂-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80 bis 95 % reduzieren. Dies ist nur erreichbar, wenn wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren. Der Anteil erneuerbarer Energien wird an der Energieversorgung über 2030 hinaus weiter ansteigen und der Vorrang der Einspeisung ins Netz erhalten bleiben.

6. Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?



In der Energieforschung flossen in den letzten 50 Jahren fast 90 % aller öffentlichen Forschungsmittel im Rahmen der OECD in die Kernspaltung und Kernfusion. Dabei trägt die Kernenergie nur zu 2,5 % zum Weltenergieverbrauch bei. Das ist eine völlig falsche Schwerpunktsetzung, die wir korrigieren wollen. Erneuerbare Energien werden im Verbund mit Energieeinsparung die Atomenergie sowie die fossilen Energieträger Schritt für Schritt ablösen. Dieses Ziel ist unsere Leitlinie bei der Aufteilung der Forschungsmittel für den Energiebereich.



Die CDU tritt für eine breite technologieoffene Energieforschung ein. Wir wollen die Weichen stellen, dass Deutschland Weltmarktführer bei klimaschonenden Energieträgern und Klimaschutztechnologien in allen

CDU/CSU und FDP sprechen sich für eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke aus.

wendungen des Bundes, bundesnaher Einrichtungen und der Länder vorweg berücksichtigt werden.

DIE LINKE. Kleine und mittlere Unternehmen lassen sich am wirkungsvollsten stärken durch verbesserte Kreditbedingungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute und gezielte Förderprogramme. Eine pauschale steuerliche Förderung der unternehmerischen FuE-Ausgaben lehnen wir ab.

SPD Schwerpunkt industrieller Forschungsförderung ist in Deutschland die Projektförderung sowie die Förderung von Schlüsseltechnologien. Dies wollen wir fortsetzen. Darüber hinaus setzt sich die SPD dafür ein, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Unternehmen zu verbessern. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben häufig Schwierigkeiten beim Zugang zu Förderprogrammen. Deshalb wollen wir die projektorientierte Forschungsförderung durch eine steuerliche Förderung in Form einer Steuergutschrift für KMU ergänzen.

5. Welche Klimaschutzziele verfolgen Sie, und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?



Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um mindestens 40 % gegenüber 1990. Wir werden klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen und unser Steuersystem ökologisch umgestalten. So wollen wir spritsparende und klimafreundliche Autos bei der Kfz-Steuer deutlich

Bereichen wird. Hierzu gehören saubere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien, der Kerntechnik und der Geothermie. Bei der Kernforschung ist für uns die Förderung deutscher Sicherheitskompetenz als Beitrag zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit wichtig. Speichertechnologien müssen ein Schwerpunkt bei der Forschung an regenerativen Energien sein.



Alle Energietechnologien, die zu einer deutlichen Verringerung der energiebedingten Umwelt- und Klimabelastung beitragen, müssen uneingeschränkt gefördert werden. Die Optionsvielfalt muss erhalten bleiben. Forschungsfelder wie die erneuerbaren Energien, die Speicherung fluktuierender Energien sowie intelligente Stromnetze und Infrastrukturen, die den Energietransport- und Energieverteilungsnetze für die di-

rekte Nutzung erneuerbarer Energien (u. a. für „Elektromobilität“) ertüchtigen, sind zu verstärken. Weiterhin sind die Langfristforschungen zur Kernfusion voranzutreiben, bis die Großexperimente auf nationaler (u. a. Wendelstein 7X) und auf europäischer Ebene (ITER) abgeschlossen sind. Die kerntechnische Sicherheits- und Endlagerforschung ist auf hohem Niveau weiterzuführen und die Einbindung deutscher Forschergruppen in die internationale Kernenergieforschung (z. B. in das Projekt Generation 4) zu ermöglichen. Mit einer „Initiative Energieforschung 2020“ sollen die Hochschulforschung und die FuE-Innovationsallianzen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft gestärkt werden.

DIE LINKE. Öffentliche Förderung wollen wir auf effiziente und erneuerbare Energien begrenzen und so effektiv die Kraft-

Wärme-Kopplung und den Ausbau der Fernwärme fördern. Weiterentwickeln wollen wir die Nutzung der Sonnenstrahlung, der Windkraft und insbesondere der Geothermie. Dazu gehören auch eine leistungsfähige Energiespeicherung sowie dezentrale Netzeinspeisung. Ein Schwerpunkt sollte die Nutzung von Energiepflanzen für hocheffizientes Biogas, nicht aber für Biokraftstoffe sein. Bioenergieforschung muss auch mit nachhaltigen Nutzungskonzepten für Regionen verzahnt werden.



Im Rahmen des 6. Energieforschungsprogramms werden wir die Schwerpunkte auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Speichertechnologien legen. Wir werden einen nationalen Aktionsplan vorlegen, der den Ausbau erneuerbarer Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beschleunigen wird. Wir werden die

Die Parteien sind sich darin einig, dass die Hochschulen für Studierende und Wissenschaftler attraktiver werden müssen. Allerdings gehen die Meinungen darüber auseinander, wie sich dies erreichen lässt und welche Rolle der Bund dabei spielen soll.



HU Berlin, H. Zappe

Technologieführerschaft bei der Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer nutzen. Hierfür streben wir bis 2013 eine installierte Leistung von 1500 bis 2000 Megawatt an. Bei der Photovoltaik wollen wir bis Ende 2013 annähernd die Netzparität erreichen: Strom aus einer neuen Anlage in Deutschland wird dann nur noch so viel Geld kosten wie Strom aus der Steckdose.

7. Welche Rolle soll die Kernenergie spielen?



Atomenergie ist aufgrund der unverantwortlichen Risiken und des bis heute ungelösten Endlagerproblems keine Option für eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb ist der Atomausstieg nach wie vor richtig. Angesichts veralteter Atommeiler und wachsender Terrorgefahren gilt es heute, den Atomausstieg zu forcieren, etwa indem besonders unsichere AKWs früher vom Netz genommen werden.



Wir verstehen die Kernenergie als Brückentechnologie, weil klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind. Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab. Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung soll zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz, erneuerbarer Energien

sowie zur Senkung der Strompreise dienen. Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie beinhaltet auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Wir verlangen eine sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben.



Wollen wir die stabile Energieversorgung und unseren Lebensstandard halten und dabei zugleich die Klimaschutzziele erreichen, brauchen wir alle Energieoptionen und so auch die Kernkraft auf längere Zeit. Hierzu müssen die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland so lange verlängert werden, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen oder eine Nutzung von Technologien zur CO₂-armen Kohleverstromung im großtechnischen Maßstab beginnen kann. Hierfür sind die im Atomgesetz festgeschriebenen Abschaltkriterien auszusetzen.

DIE LINKE. Wir setzen uns für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft ein. Der Betrieb von Atomanlagen birgt unverantwortlich hohe Risiken, und die Endlagerfrage ist nach wie vor ungelöst. Atomkraftwerke blockieren zudem den notwendigen Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien mit meist dezentraler Energieerzeugung. Zukünftig werden als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien leicht hoch- und herunterfahrbare Kraftwerke gebraucht

(z. B. Gaskraftwerke), dafür sind AKWs viel zu inflexibel.



Langfristig gar keine, denn für die SPD bleibt es beim vereinbarten Atomausstieg! Bei einer etwaigen Laufzeitverlängerung der Atomkraft müssten die jetzigen Planungen zum Neubau fossiler Kraftwerke völlig revidiert werden, um das Ziel von 30 % Anteil am Stromverbrauch durch erneuerbare Energien für das Jahr 2020 nicht zu gefährden. Auch das Ausbauziel im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) von 25 % Stromanteil bis 2020 wäre nicht erreichbar. Der erforderliche Strukturwandel der Stromversorgung in Richtung deutlich gesteigerter Stromeffizienz, deutlich höherem KWK-Anteil und hoher Ausbaudynamik der erneuerbaren Energien wäre grundsätzlich in Frage gestellt.

8. Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?



Das weitgehende Kooperationsverbot für den Bund im Bereich Bildung und Wissenschaft muss aufgehoben werden. Dem Bund muss die Möglichkeit gegeben werden, sich mit Zustimmung der Länder im Bildungsbereich von der frühkindlichen Bildung bis zu den Hochschulen auch finanziell zu beteiligen.



Hochschulpolitik bleibt vorwiegend Ländersache. Doch gerade hier gilt: Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten, um den Studierenden die besten Qualifizierungs- und Bildungschancen zu geben und die Wissenschaft in Deutschland voranzubringen. Ein Beispiel für die enge und gute Zusammenarbeit sind der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative.



Der Bund bringt sich derzeit im Rahmen unterschiedlicher Wissenschafts- und Forschungsprogramme zugunsten von Hochschulen ein und trägt auf

diese Weise zu einer Stärkung der Einrichtungen bei. Im Zuge der von uns beabsichtigten Steigerung der Investitionen in Bildung und Forschung auf 10 % des BIP wird sich dieses Engagement noch verstärken. Wir lehnen eine stärkere Reglementierung der Hochschulen über Bundes- oder Landesgesetzgebung ab und beabsichtigen, die Hochschulautonomie zu stärken.

DIE LINKE. Wir halten die Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe Bildung von Bund und Ländern für unumgänglich. Bei öffentlichen Ausgaben für Bildung liegt unser Ziel beim OECD-Durchschnitt von 7 % des Bruttoinlandsprodukts. Bundesweit stünden damit 50 Milliarden mehr zur Verfügung und würden u. a. ein gebührenfreies Studieren für alle ermöglichen. Notwendig ist ein bundesweites Hochschulzulassungsgesetz, das einen offenen Zugang ohne individuelle Auswahlverfahren durch Hochschulen ermöglicht. Statt Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative sollte der Bund zusammen mit den Ländern höhere Grundmittel für Lehre und Forschung an den Hochschulen finanzieren.

SPD Durch Abschwächung des sog. Kooperationsverbots, das Finanzhilfen des Bundes im Schul- und Hochschulbereich untersagen sollte, sind zumindest im Hochschulbereich, genauer in der Wissenschaft, gemeinsame Programme von Bund und Ländern möglich. Mit dem Begriff der „Wissenschaft“ sind künftig sogar erstmals Bundeshilfen für die Lehre an Hochschulen zulässig. Für die SPD ist die Kooperation im Hochschulbereich unbedingt notwendig, um die großen Herausforderungen, mit denen die Hochschulen sich in den nächsten Jahren konfrontiert sehen, zu meistern.

Der Bund hat Kompetenzen im Bereich der Zulassungen und der Abschlüsse. Wir werden diese Kompetenzen so nutzen, dass vor allem die Studierenden davon profitieren. Deshalb werden wir das Chaos bei

der Hochschulzulassung beenden und sie bundeseinheitlich regeln.

9. Welche Möglichkeiten haben Sie, die deutschen Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?



Die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern auch ein Qualitätsnachteil. Deshalb sollten Bundesgelder für Forschung und wissenschaftliche Einrichtungen künftig an qualitative und quantitative Zielvorgaben geknüpft werden müssen.

Für die Nachwuchskräfte halten wir das Wissenschaftszeitvertragsgesetz für nicht ausreichend. Kettenbefristungen auf Stellen, die sich überwiegend aus Drittmitteln finanzieren, sind keine attraktiven Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Wir streben die Abschaffung der Verbeamtung von Professorinnen und Professoren an und setzen uns für ein Arbeitsrecht für die Wissenschaft ein, das unbefristete Arbeitsverhältnisse mit wissenschaftsspezifischem Kündigungsschutz ermöglicht. Zudem benötigen die Wissenschaftseinrichtungen bei der Einwerbung von Personal und bei der Mittelvergabe größere Autonomie.



An erster Stelle ist die Fortführung der Exzellenzinitiative zu nennen, die viele neue Stellen insbesondere für Nachwuchswissenschaftler schafft und die Bedingungen für Spitzenforschung an Deutschlands Hochschulen verbessert. Vom „Pakt für Forschung und Innovation“ profitieren die Hochschulen insbesondere durch die vereinbarte jährliche Erhöhung des Haushaltes der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Den Wissenschaftseinrichtungen verschaffen wir mit der Wissenschaftsfreiheitsinitiative mehr Freiraum.

Wo dies sinnvoll ist, strebt die CDU auch die Bündelung der Forschungspotenziale unter einem Dach an, wie dies schon beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT) geschehen ist. Da der

Wettbewerb um die besten Köpfe weltweit ausgetragen wird, werden wir auch die Internationalisierung unserer Hochschulen vorantreiben. Zudem werden wir gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken.



Die FDP setzt sich für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz ein, das die Leistungsfähigkeit und Flexibilität sowie die internationale Wahrnehmbarkeit des deutschen Wissenschaftssystems erhöht.

Die FDP setzt sich für die Einführung eines eigenständigen Wissenschaftstarifvertrags ein, der die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für den wissenschaftlichen Nachwuchs schafft.

In Deutschland ausgebildete exzellente ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssen zukünftig unbürokratisch eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten.

Schließlich ist der Ausbau familienfördernder Infrastruktur an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie von familienunterstützenden Angeboten und Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

DIE LINKE. Um Hochschulen Planungssicherheit zu geben, muss der Hochschulpakt II sofort auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Die Attraktivität der Hochschulen wird zudem erhöht, wenn mehr Dauerstellen neben der Professur geschaffen werden. Verbreitet unbezahlte Lehraufträge und dauerhafte Befristungen bei Drittmittelbeschäftigten sind nicht länger tragbar. Wissenschaftsspezifische Regelungen in den Tarifverträgen für den Öffentlichen Dienst könnten die Bezahlung und Absicherung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbessern.



Dazu haben die Exzellenzinitiative und die Einführung der Programmpauschale einen

wichtigen Beitrag geleistet. Die bewilligten Forschungsmittel sind flexibler einsetzbar und sind somit von großer Bedeutung für eine Ausweitung des Gestaltungsspielraums der Hochschulen. Etliche Wissenschaftler sind deshalb schon aus dem Ausland wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

Außerdem wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ausländische Hochschulabsolventen und Nachwuchswissenschaftler nach dem Aufenthaltsrecht einen gesicherten Status bekommen, um hier zu arbeiten.

Wir wollen den Wissenschaftsbetrieb familienfreundlicher gestalten und so den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 % erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

10. Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?



Wir wollen einen besser ausfinanzierten Hochschulpakt, der in den kommenden fünf Jahren 500 000 zusätzliche Studienplätze finanziert. Dazu wollen wir eine Finanzierung jedes Studienplatzes mit 10 600 € pro Jahr, was zumindest dem Durchschnitt der Kosten in den OECD-Staaten entspräche.

Außerdem wollen wir an die Stelle des BAföG eine Studienfinanzierung aus zwei Säulen setzen, mit dem Studierende bis zu 800 € erhalten können: Kombiniert werden der Studierendenzuschuss (Säule 1) und der Bedarfszuschuss (Säule 2). Mit Säule 1 erhalten alle Studierenden eine Sockelförderung in gleicher Höhe als Basisabsicherung. Geplant sind 200 Euro monatlich, unabhängig vom Elterneinkommen. Damit geben wir allen Studienberechtigten einen Anreiz, tatsächlich ein Studium aufzunehmen. Mit Säule 2 sichern wir eine unerlässliche soziale Komponente: Der neue Bedarfszuschuss ist als Vollzuschuss mit 260 Euro monatlich geplant und muss – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden.



Mit dem Hochschulpakt werden 275 000 zusätzliche Studienplätze geschaffen, und die Studienbedingungen verbessern sich. Mehr Eigenverantwortung für die Hochschulen soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern und auf geringere Studienabbrucherquoten hinwirken. Die Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess“ muss unvoreingenommen überprüfbar werden.



Die FDP spricht sich für die Aufstockung der Finanzmittel für die Hochschulen bei langfristiger finanzieller Planungssicherheit aus. Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Hochschulpakt II haben wir einen Kostenansatz gefordert, der „um mindestens 25 Prozent“ über dem derzeitigen Niveau liegt. Zudem fordern wir die Entwicklung eines auf Nachfrageorientierung basierenden (gesamtstaatlichen) Systems der Hochschulfinanzierung per Gutscheinmodell, um einen fairen Wettbewerb der Hochschulstandorte sowie eine angemessene Grundfinanzierung der Hochschullehre zu gewährleisten.



Wir fordern, den Hochschulpakt für zusätzliche Studienplätze deutlich zu erhöhen und an realen Studienplatzkosten zu orientieren. Um mittelfristig den Anteil von Studierenden in der Gesellschaft zu erhöhen, muss der Bund gegebenenfalls die Länder dabei unterstützen, höhere Grundmittel für die Hochschulen zu finanzieren. Damit sich alle ein Studium leisten können, fordern wir den schrittweisen Ausbau des BAföG zum elternunabhängigen Vollzuschuss.



Wir wollen einen offenen Zugang zu den Hochschulen. Die SPD steht deshalb für ein gebührenfreies Studium bis einschließlich zum Master. Dort, wo die Union

Studiengebühren eingeführt hat, werden wir sie – wie in Hessen bereits geschehen – wieder abschaffen. Die SPD will die Hochschulen für neue Personengruppen öffnen, z. B. für mehr Fachkräfte ohne Abitur. Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln, damit die Kapazitäten optimal ausgenutzt werden und Studierende nach ihren Neigungen studieren können.

Wir wollen, dass es bessere Studienberatung gibt und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, damit die Studierenden ihre Studienziele erreichen können. Neben dem quantitativen Ausbau der Studienplätze legen wir einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lehre.

Wir treten für ein starkes BAföG ein und werden es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen. Das BAföG ist für uns das zentrale Instrument, um Chancengleichheit in der Bildung herzustellen.

11. Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?



Internationalisierung darf nicht bedeuten, dass Deutschland auf Kosten der Entwicklungsländer einen „brain gain“ erzielt. Vielmehr muss es um eine ausgewogene „brain circulation“ mit allen Teilen der Welt gehen. Wir halten es für notwendig, dass die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen besser werden und dass die Arbeitsvoraussetzungen für hochqualifizierte Fachkräfte auch aus Nicht-EU-Staaten erleichtert werden. D. h. die Mindestverdienstgrenzen müssen ebenso abgesenkt werden wie die Anforderungen an die Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen von Partnerinnen und Partnern. Austauschprogramme wollen wir ausbauen, die internationale Kooperation stärken und Mobilitätsbarrieren abbauen.



Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits eine Internationalisierungsstrategie entwickelt, die auf die Gewinnung

ausländischer Nachwuchs- und Spitzenwissenschaftler setzt und auf den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit in den Fachprogrammen, die Verstärkung der Präsenz im Ausland über deutsche Wissenschaftshäuser und -referenten, den Dialog für eine internationale Forschungsagenda und auf Werbekampagnen für den Studien-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland. Zudem werden wir den europäischen Forschungsraum weiter aktiv gestalten, das europäische Forschungsrahmenprogramm und den neuen EU-Forschungsrat intensiv nutzen.



Zunächst gilt es, die deutschen Vergütungsstrukturen so anzupassen, dass sie den Anforderungen der gesteigerten Mobilität gerecht werden und dem internationalen Vergleich standhalten. Zudem sind unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen gehalten, ihre Anstrengungen mit Blick auf

internationale Kooperationsvorhaben beizubehalten bzw. weiter auszubauen. Schließlich müssen wir junge Nachwuchswissenschaftler in ihrem Wunsch bestärken und unterstützen, sich im internationalen Raum weiter zu qualifizieren, und ihnen im Anschluss Anreize bieten, wieder nach Deutschland zurückzukehren. Ebenso ist dafür zu sorgen, dass wir die internationalen High-Potentials für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewinnen und ihnen langfristig eine Bleibeperspektive in Deutschland bieten.

DIE LINKE. Nur 15 Prozent der Bachelor-Studierenden geht für ein Praktikum oder ein Semester ins Ausland. Zudem werden nur ein Drittel der Studienleistungen aus dem Ausland anerkannt. Die soziale Förderung von Auslandsaufenthalten und die Leistungsanerkennung müssen daher dringend geregelt sowie der Zeitdruck im Bachelor gesenkt werden.

Ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer ihres Studiums bzw. ihrer Beschäftigung.



Wir müssen Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten. Darüber hinaus wollen wir junge Wissenschaftler und Studierende darin fördern, einen Teil ihrer wissenschaftlichen Karriere im Ausland zu verbringen, um wichtige Erfahrungen zu sammeln. Dazu wollen wir bestehende Stipendien- und Austauschprogramme ausbauen. Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein, sonst wird Mobilität erschwert. Deshalb setzen wir auf eine konsequente und umsichtige Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse.